Überlassungsvertrag über Mitarbeiter-Dienstrad

Zwischen

Unternehmen:

Straße /
Hausnr.:

PLZ / Ort:

ACHTUNG!

Die erste Seite wird automatisch vom Dienstradtool befüllt und kann nicht individuell angepasst werden.

Bitte nehmen Sie Ihre Anpassungen ab der zweiten Seite vor.

– nachfolgend "**Arbeitgeber**" genannt –

und

Name, Vorname:

Straße / Hausnr.:

PLZ / Ort:

Personalnummer:

– nachfolgend "**Arbeitnehmer***" genannt –

wird folgender **Überlassungsvertrag in Ergänzung zum derzeit geltenden Arbeitsvertrag** geschlossen.

Durch diesen Vertrag soll dem Arbeitnehmer die Teilnahme an dem EURORAD Mitarbeiter-Dienstrad-Programm ermöglicht werden. Das Dienstrad-Programm wird seitens des Arbeitgebers in Zusammenarbeit mit der eurorad Deutschland GmbH (nachfolgend „Leasinggeber“ oder „Leasinggesellschaft“ genannt) organisiert und umgesetzt. Dabei sind sich alle Beteiligten einig, dass je Arbeitnehmer maximal zwei Diensträder zu einem Gesamthöchstpreis von 7.500,00 EUR, wobei ein Dienstrad maximal 5.000,00 EUR kosten darf, geleast werden können. Im Rahmen dieses Mitarbeiter Dienstrad-Programms überlässt der Arbeitgeber das

Dienstrad mit der Art.-Nr. / Bezeichnung Rad

mit der Portalnummer

mtl. Gesamtleasingrate netto

gesetzliche USt. 19,00%

monatl. Gesamtleasingrate brutto

mit einem Arbeitgeber-Zuschuss in Höhe von

an den Arbeitnehmer zu den nachfolgenden Bedingungen:

*Alle weiteren verwendeten männlichen Formen schließen alle Geschlechter mit ein.

-Confidential-

*Alle weiteren verwendeten männlichen Formen schließen alle Geschlechter mit ein.

§ 1 Überlassung des Dienstrads Kostentragung und Halterpflichten

- (1) Der Arbeitgeber überlässt dem Arbeitnehmer das oben genannte betriebliche Mitarbeiter-Dienstrad zur beruflichen und privaten Nutzung. Die Überlassung des Dienstrads erfolgt ausschließlich auf Wunsch des Arbeitnehmers. Alleiniger Vertragspartner der Leasinggesellschaft ist gleichwohl der Arbeitgeber. Der Leasingvertrag wird als Anlage dem Überlassungsvertrag beigelegt, der Arbeitnehmer nimmt die darin enthaltenen Pflichten zur Kenntnis und wird diese einhalten.
- (2) Die Kosten der Überlassung des Dienstrads bestehen in der oben genannten monatlichen Gesamtleasingrate. Erfolgt die Übernahme vor dem Beginn der Grundmietzeit (siehe § 2), ist für die Zwischenzeit je Tag 1/30 der monatlichen Leasingrate zu zahlen. Die Leasingrate wird vom Arbeitnehmer getragen, wobei diese (bei nicht-vorsteuerabzugsberechtigten Unternehmen die Brutto-Rate) vom Arbeitgeber im Wege der Gehaltsumwandlung von den monatlichen Bruttobezügen des Arbeitnehmers in Abzug gebracht wird. Während der Überlassung verzichtet der Mitarbeiter auf Gehaltszahlung in Geld in Höhe der angegebenen Leasingrate und erhält hierfür einen geldwerten Vorteil (Sachbezug) gem. § 4 dieses Vertrages. Sollte bei fortbestehendem Arbeitsverhältnis kein Anspruch auf Gehaltszahlung bestehen, entfällt der Anspruch auf die Nutzung. Der Arbeitgeber bietet dem Arbeitnehmer für diesen Fall die weitere Nutzung an, wenn der Arbeitnehmer sich verpflichtet, die oben genannte monatliche Leasingrate (zzgl. Umsatzsteuer, sofern und soweit eine solche anfällt) an den Arbeitgeber zu zahlen.
- (3) Im Falle einer Elternzeit entfällt die Verpflichtung zur Zahlung der Leasingrate ab Beginn der Elternzeit für die Dauer von 12 Monaten. Bei einem krankheitsbedingten Ausfall endet die Pflicht zur Zahlung der Leasingrate ab dem 43. Tag, maximal jedoch bis zu einem Betrag von 5.000 € netto. (bei nicht-vorsteuerabzugsberechtigten Unternehmen der entsprechende Bruttobetrag).
- (4) Der Arbeitnehmer tritt hiermit seinen Gehaltsanspruch in Höhe der geschuldeten Zahlung der Leasingrate gegen den Arbeitgeber zum Zwecke der Absicherung der Zahlungsansprüche des Arbeitgebers gegen den Arbeitnehmer aus dem vorliegenden Überlassungsvertrag über das Mitarbeiter-Dienstrad ab, so dass der Arbeitgeber die vom Arbeitnehmer zu tragenden Kosten der Überlassung auch im Falle der Gehaltspfändung weiterhin im Wege der Gehaltsumwandlung vorrangig vom Gehalt des Arbeitnehmers in Abzug bringen kann. Der Arbeitgeber nimmt hiermit die Abtretung an.
- (5) Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, während der Laufzeit des „**Überlassungsvertrag über Mitarbeiter-Dienstrad**“ auf eigene Kosten eine Privathaftpflichtversicherung abzuschließen und zu unterhalten, die insbesondere auch alle Risiken (insbesondere die Risiken aus § 8 Abs. (2), aus Unfall, sowie Personenschaden und Diebstahl) in angemessenem Umfang absichert. § 8 Abs. (2) bleibt hiervon unberührt. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, dem Arbeitgeber jeweils eine gültige Versicherungspolice

nachzuweisen und zu gestatten, dass der Arbeitgeber eine Kopie des Versicherungsscheins zu den Personalakten legt.

§ 2 Dauer und Beendigung des Vertrages, Widerruf

- (1) Der Überlassungsvertrag beginnt mit Auslieferung und Übergabe des Dienstrades. Die Grundmietzeit beginnt mit dem Ersten des auf die Übernahme folgenden Kalendermonats und hat eine Laufzeit von 36 Monaten.
- (2) Die Laufzeit des Überlassungsvertrags ist von dem Bestand des Arbeitsverhältnisses abhängig. Der Überlassungsvertrag endet daher vorzeitig mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, gleich aus welchem Grund. Der Arbeitnehmer wird das Dienstrad im Falle der vorzeitigen Beendigung unverzüglich dem Arbeitgeber zur Weitergabe an einen anderen Mitarbeiter herausgeben. Das beiderseitige Recht zur außerordentlichen Kündigung des Überlassungsvertrags aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Die außerordentliche Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (3) Auf Wunsch des Arbeitnehmers hat dieser auch die Möglichkeit mit Zustimmung des Arbeitgebers und der Leasinggesellschaft, den Vertrag auf einen neuen Arbeitgeber einvernehmlich zu übertragen.
- (4) Der Arbeitnehmer ist bis zum Zeitpunkt der vereinbarungsgemäßen Rückgabe des Dienstrades an den Arbeitgeber, einen Fachhändler oder den neuen Nutzer in vertragsgemäßem Zustand (vgl. § 10 Ziff. (1)) für alle bis zu diesem Zeitpunkt verursachten Schäden und die laufende Kostentragung gem. § 1 sowie sonstiger Kosten verantwortlich und stellt den neuen Nutzer von allen diesbezüglichen Ansprüchen Dritter frei, sofern nicht über den Leasingvertrag abgedeckt. Der Zeitpunkt der Übergabe des Dienstrades an den neuen Nutzer ist zu protokollieren. § 5 gilt entsprechend.
- (5) Die Überlassungsgestattung kann aus dringenden betrieblichen Gründen oder berechtigten Gründen in der Sphäre des Arbeitnehmers mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Dringende betriebliche Gründe bestehen, wenn die Unternehmensleitung sich dazu entscheidet, das Programm einzustellen, da dies mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden ist. Gründe, die in der Sphäre des Arbeitnehmers begründet sind, sind insbesondere bei einer vertragswidrigen Behandlung des Dienstrades durch den Arbeitnehmer und / oder wenn er sich straßenverkehrswidrig verhält (z.B. Konsum berauschender Mittel).

§ 3 Nutzung und Diebstahlsicherung

- (1) Der Arbeitnehmer ist zum sorgfältigen und bestimmungsmäßigen Umgang mit dem Dienstrad verpflichtet. Das Tragen eines funktionsfähigen Helms wird empfohlen. Der Arbeitnehmer wird das Dienstrad gegen Entwendung und Beschädigung sichern und insbesondere stets mittels einem vom Arbeitnehmer zu erwerbenden Bügel-, Falt-, Panzerketten- oder Rahmenschloss mit einem Originalkaufpreis von mindestens 50 Euro an einem festen Gegenstand anschließen. Einzelheiten zu den vorgeschriebenen Sicherungsvorkehrungen sind in den Versicherungsbedingungen der PremiumPLUS-

Versicherung (vgl. § 8) enthalten, die als Anlage zu diesem Überlassungsvertrag beigelegt ist. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, den Kaufbeleg für das Fahrradschloss aufzubewahren sowie eine Kopie des Beleges an den Arbeitgeber zu übermitteln.

- (2) Änderungen und Einbauten, die der Arbeitnehmer nach Übergabe des Dienstrades vornehmen will und die über gebotene Wartungsmaßnahmen und den Ersatz von defekten oder verschlissenen Bauteilen hinausgehen, sind von der Leasinggesellschaft und dem Arbeitgeber vorab zu genehmigen und die Kosten dafür vom Arbeitnehmer selbst zu tragen.
- (3) Der Arbeitnehmer darf nicht fest verbautes Zubehör das ausschließlich der Privatnutzung dient, auf eigene Kosten einsetzen, sofern deren Nutzung zugelassen ist. Der Arbeitnehmer ist für die fachgerechte Montage verantwortlich. Bei Rückgabe des Dienstrades kann die Leasinggesellschaft auf Kosten des Arbeitnehmers den ursprünglichen Zustand wiederherstellen lassen.

§ 4 Steuerrechtliche Vorschriften

- (1) Die Überlassung des Mitarbeiter-Dienstrads für Privatfahrten führt zu einem lohnsteuer- und sozialversicherungspflichtigen geldwerten Vorteil. Aufgrund der Gehaltsumwandlung in Höhe der Leasingrate sinkt das Bruttogehalt, welches der Lohnsteuer und Sozialversicherung unterworfen wird.
- (2) Die Lohn- und Umsatzsteuerung des geldwerten Vorteils (1 %-Regelung, d.h. aktuell 1% des bei der erstmaligen Überlassung zwischen dem 01.01.2020-31.12.2030 auf die volle 100 Euro abgerundeten Viertels der unverbindlichen Preisempfehlung) aus der Dienstrad-Überlassung erfolgt durch das Unternehmen nach den jeweils geltenden steuerlichen Vorschriften und geht zu Lasten des Arbeitnehmers. Das vorgenannte gilt für klassische Räder und E-Bikes, die verkehrsrechtlich als Fahrräder eingestuft werden. Eine vorzeitige Rückgabe des Dienstrads aufgrund von Gesetzesänderungen bei der pauschalierten Besteuerung ist nicht möglich.
- (3) Den Vertragsparteien ist bewusst, dass sich die Regelungen der Versteuerung auch während der Laufzeit der Überlassung ändern können.

§ 5 Übergabe

Die Übergabe des Dienstrads erfolgt durch den Fachhändler. Der Empfang des Dienstrades und der etwaig dazugehörigen Schlüssel und Unterlagen wird auf einem Übernahmeprotokoll vom Arbeitnehmer schriftlich bzw. durch Mitteilung des Übergabetokens an den Fachhändler bestätigt. Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, bei Übergabe das Dienstrad zu prüfen und etwaige Mängel unverzüglich dem Fachhändler mitzuteilen. Eine Kopie des Übernahmeprotokolls wird dem Arbeitgeber unverzüglich durch den Arbeitnehmer per E-Mail übermittelt.

§ 6 Pflege, jährliche Sicherheitschecks und verschleißbedingte Reparatur Verhaltenspflichten

Die regelmäßige Pflege (z.B. Reinigung oder Laden des Akkus) sind nicht Bestandteil des Leasingvertrages und müssen von dem Arbeitnehmer selbst getragen werden. Für die Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit des Dienstrads hat der Arbeitnehmer Sorge zu tragen. Die Durchführung des jährlichen Sicherheitschecks gemäß UVV ist vom Arbeitnehmer zwingend vornehmen zu lassen und dem Arbeitgeber zu bescheinigen. Werden bei dem Sicherheitscheck Mängel oder Verschleißteile entdeckt, erfolgt eine Beseitigung auf Kosten der Versicherung (s. § 8) im Rahmen der Versicherungsbedingungen. Dies gilt nicht, wenn der Arbeitnehmer die Mängel oder einen Verschleiß grob fahrlässig oder vorsätzlich verschuldet hat.

§ 7 Verhaltenspflichten

- (1) Das Dienstrad ist im Straßenverkehr jederzeit unter Einhaltung der Straßenverkehrsordnung (StVO) und der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) zu führen.
- (2) Nach dem Konsum von berauschenden Mitteln und Medikamenten (jeglicher Art) ist die Nutzung des Dienstrades ausgeschlossen.
- (3) Das Benutzen eines Handys ohne Freisprechanlage oder das Bedienen eines Touchscreens (zum Beispiel ein Navigationssystem) ist während der Fahrt mit dem Dienstrad verboten.
- (4) Es ist erlaubt, im Fahrradanhänger bis zu zwei Kindern, die das siebte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu transportieren. Der Radfahrer muss dabei mindestens 16 Jahre alt sein. Außerdem dürfen Kinder bis zur genannten Altersgrenze auf einem dafür geeigneten Fahrradsitz mitgenommen werden.
- (5) Bei Nichtbeachtung der unter §7 (1 – 4) benannten Punkte kann es zum Widerruf der Überlassung des Dienstfahrrads durch den Arbeitgeber führen. Des Weiteren hat verkehrswidriges Verhalten, immer auch strafrechtliche Konsequenzen, in der Regel in Form von Bußgeldern und/ oder Punkten in Flensburg bis hin zum Fahrverbot.

§ 8 Versicherungen

- (1) Der Leasinggeber schließt für das Dienstrad eine **PremiumPLUS**-Versicherung ab. Die Versicherung bezieht sich auf das jeweils genutzte Dienstrad und umfasst u.a. eine Übernahme der Kosten bei
 - a) Unfallschäden
 - b) Sturzschäden
 - c) Fallschäden
 - d) Elektronikschäden
 - e) Bedienungsfehler
 - f) Handhabungsfehler

- g) Diebstahl
- h) Einbruchdiebstahl
- i) Raub
- j) Feuchtigkeitsschäden am Akku
- k) Produktion- Konstruktions- und Materialfehler
- l) Verschleißschäden ab dem 1. Tag
- m) Inspektion inkl. UVV-Check nach dem 1. und 2. Versicherungsjahr
(pro Inspektion maximal 60 € brutto, eventuelle Mehrkosten sind vom Arbeitnehmer zu tragen)
- n) Mobilitätsschutzpaket

Es gelten die jeweiligen Versicherungsbedingungen, aus dem als Anlage beigefügten Leasingvertrag.

- (2) Personenschäden sind nicht – insbesondere auch nicht aus Anlass eines versicherten Schadensereignisses am Leasingrad – versichert. Drittschäden (beispielsweise an einem fremden Fahrzeug) und nicht durch die vorstehende Versicherung gedeckte Schäden am Dienstrad sind – je nach Vertragsinhalt – ausschließlich über die verpflichtende Haftpflichtversicherung des Arbeitnehmers nachversichert. Weitere Versicherungen wie z.B. Rechtsschutz bestehen nicht.

§ 9 Unfälle und Schäden

- (1) Bei Unfallschäden ist der Arbeitnehmer verpflichtet – ohne Rücksicht auf die sich zunächst ergebende Schuldbeurteilung und eventueller strafrechtlicher Konsequenzen – die Polizei zur Protokollierung des Schadenfalles hinzuzuziehen. Im Ausnahmefall, wenn eine Hinzuziehung der Polizei zum Unfallort nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich ist, hat der Arbeitnehmer bei der nächstgelegenen Polizeidienststelle unverzüglich Meldung zu erstatten. Abtretungserklärungen an Werkstätten sowie Schuldanerkenntnisse dürfen auf keinen Fall abgegeben werden.
- (2) Nach einem Unfall sowie bei sonstigen entstandenen Schäden am Dienstrad wird der Arbeitnehmer den Fachhändler aufsuchen und unter Berücksichtigung der Vorgaben des Versicherungsvertrags eine Schadenmeldung gegenüber der Versicherung erstellen. Zugleich ist der Arbeitgeber unverzüglich zu informieren.
- (3) Im Fall einer Entwendung, Beschädigung oder eines Verlustes (Totalschaden) des Dienstrads wird der Arbeitnehmer den Fachhändler aufsuchen und unter Berücksichtigung der Vorgaben des Versicherungsvertrags eine Schadenmeldung gegenüber der Versicherung erstellen. Zudem ist dies unverzüglich an die Leasinggesellschaft mitzuteilen und eine Anzeige bei der Polizei zu erstatten.

§ 10 Haftung

- (1) Im Rahmen dienstlich veranlasster Tätigkeiten haftet der Arbeitnehmer für alle von ihm durch vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten verursachte Schäden oder Wertminderungen an dem ihm überlassenen Dienstfahrrad. Bei anderen fahrlässig

verursachten Schäden erfolgt eine Quotelung des Haftungsumfangs anhand des Grades des Verschuldens.

- (2) Für Schäden, Verluste und Wertminderungen des Dienstfahrrads, die, während der Privatnutzung des Dienstfahrrads durch den Arbeitnehmer entstehen, haftet der Arbeitnehmer unabhängig vom Grad des eigenen Verschuldens uneingeschränkt. Dies gilt auch für Schäden, Verluste oder Wertminderungen, die bei Nutzung des Dienstfahrrads durch berechnigte Dritte im Rahmen der Privatnutzung verursacht worden sind. Der Arbeitnehmer haftet insoweit auch für von ihm oder von Personen, denen er das Fahrzeug berechnigt überlassen hat, schuldhaft verursachte Schäden Dritter.
- (3) In dem in §§ 6 und 8 beschriebenen Umfang werden diese Schadensfälle aber zugunsten des Arbeitnehmers durch die von der Leasinggesellschaft abgeschlossenen Versicherung reguliert.
- (4) Mängel und Schäden an dem Dienstrad meldet der Arbeitnehmer unmittelbar dem Fachhändler. Eine Haftung des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeitnehmer aus der Überlassung des Dienstfahrrads besteht nicht.

§ 11 Rückgabe oder Kauf des Dienstrads

- (1) Das Dienstrad ist nach Beendigung des Überlassungsvertrags, gleich aus welchem Grund, unaufgefordert in einem dem vertragsgemäßen Gebrauch entsprechenden verkehrs- und betriebssicheren Zustand zurückzugeben.
- (2) Im Falle einer ordnungsgemäßen Beendigung des Überlassungsvertrags übergibt der Arbeitnehmer das Dienstrad dem Fachhändler. Die Übergabe erfolgt mit Ablauf des letzten Leasingmonats. Nicht rechtzeitige Rückgaben berechnigen den Arbeitgeber zur Geltendmachung einer Nutzungsgebühr in Höhe der früheren Leasinggebühr für jeden angefangenen Monat der Überschreitung.
- (3) Bei einem vom Arbeitnehmer verschuldeten vorzeitigem Ende des Überlassungsvertrags kann der Arbeitgeber den Arbeitnehmer für daraus resultierende Kosten und Schäden heranziehen. Ein „Verschulden“ liegt nur bei einem vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verstoß des Arbeitnehmers gegen seine vertraglichen Verpflichtungen vor.
- (4) Befindet sich das Dienstrad zum Vertragsende in einem Zustand, der nicht dem vertragsgemäßen Gebrauch während der Mietdauer entspricht, gehen die erforderlichen Instandsetzungskosten zu Lasten des Arbeitnehmers, sofern diese nicht von der Versicherung nach § 7 übernommen werden.
- (5) Bei der Rückgabe müssen sämtliche Unterlagen, alle Fahrzeugschlüssel und ausgelieferten Bestandteile, wie z.B. Akku, etc. übergeben werden. Fehlende Unterlagen, Zubehör sowie Schlüssel werden dem Arbeitnehmer in Rechnung gestellt. Bei fehlenden Schlüsseln ist eine schriftliche Verlustmeldung bei der Leasinggesellschaft einzureichen.

- (6) Sofern der Arbeitnehmer das Dienstrad oder ein vergleichbares Fahrrad nach Ablauf des Überlassungsvertrags kaufen möchte, kann er dies spätestens einen Monat vor Ablauf des Überlassungsvertrags gegenüber dem Fachhändler anzeigen. Der Fachhändler wird sich um eine Ankaufsmöglichkeit kümmern. Ein Erwerbsanspruch besteht nicht.

§ 12 Garantie und Gewährleistung

- (1) Die Haftung des Arbeitgebers ist auf die vertragswesentlichen Pflichten des Arbeitgebers im Hinblick auf diesen Überlassungsvertrag beschränkt. Dies sind insbesondere die Überlassung des Dienstrades zum vertragsgemäßen Gebrauch, sowie die korrekte Lohnabrechnung und die Abwicklung mit der Leasinggesellschaft. Im Übrigen ist die Haftung des Arbeitgebers wegen Verletzung sonstiger Pflichten, unerlaubten Handlungen und positiven Vertragsverletzungen oder Verschulden beim Vertragsschluss auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz beschränkt. Bei leichter Fahrlässigkeit ist die Haftung des Arbeitgebers auch bei Verletzung vertragswesentlicher Pflichten auf den Ersatz des unmittelbaren Schadens beschränkt (z.B. kein entgangener Gewinn). Der Arbeitgeber haftet in dem Umfang, wie sein Verschulden im Verhältnis zu anderen Ursachen an der Entstehung des Schadens mitgewirkt hat.
- (2) Alle Einschränkungen der Haftung gelten nicht, soweit es um die Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit geht.
- (3) Der Haftungsausschluss greift nicht ein bei Schäden, für die eine Versicherung des Arbeitgebers besteht.

§ 13 Weitergabe persönlicher Daten

Name und Anschrift des Arbeitnehmers werden dem Fachhändler, EURORAD und der Leasinggesellschaft zum Zwecke der Vertragsdurchführung und -abwicklung mitgeteilt. Sonstige Dritte erhalten persönliche Daten des Arbeitnehmers ebenfalls nur, soweit dies zur Ausführung dieses Vertrages erforderlich ist. Es wird aber empfohlen, dass der Arbeitnehmer seine E-Mail-Adresse auch für sonstige Kontaktmöglichkeiten zur Verfügung stellt (z.B. um über servicerelevante Themen wie der anstehende Sicherheitscheck informiert zu werden).

§ 14 Mündliche Nebenabreden, Schriftform bei Änderungen, Erfüllungsort und Gerichtsstand, Salvatorische Klausel

- (1) Mündliche Absprachen sind nicht getroffen.
- (2) Änderungen des Nutzungsvertrages bedürfen der Schriftform.
- (3) Erfüllungsort und Gerichtsstand sind der Sitz des Arbeitnehmers.
- (4) Falls einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sind, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch unberührt. Es ist eine, der unwirksamen Bestimmung

dem Sinn und der wirtschaftlichen Bedeutung nach, möglichst nahekommende andere Bestimmung zwischen den Parteien zu vereinbaren. Entsprechendes gilt für eventuelle Vertragslücken.

§ 15 Freiwilligkeitsvorbehalt

Bei diesem Gehaltsumwandlungsmodell handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers, die auch bei wiederholter Durchführung keinen Anspruch auf künftige Abschlüsse bewirkt. Der laufende Vertrag, sowie ein Widerrufsrecht des Arbeitgebers bleibt hiervon unberührt. Insbesondere aber bei Änderung der Gesetzgebung (z.B. bei steuerlichen Änderungen) kann dieses Modell für die Zukunft und im Hinblick auf Neuabschlüsse gestrichen werden.

.....
Ort, Datum

.....
Arbeitgeber Arbeitnehmer/in